

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 218

Freitag, den 17. September 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg hat sich nach Bad Reichenhain begeben, um den Manövern der Reichswehr bei zuwohnen.

— In Triest kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Faschisten.

— Der italienisch-rumänische Freundschaftsvertrag ist unterzeichnet worden.

Die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

In der Donnerstagssitzung der Völkerbundversammlung wurde die mit großer Spannung erwartete Wahl zum Völkerbundrat vorgenommen.

Im ersten Wahlgang wurden bei Abgabe von 49 Stimmen als nichtständige Mitglieder des Völkerbundrats gewählt: Kolumbien mit 46 Stimmen; Polen mit 45 Stimmen; Chile mit 43 Stimmen; Salvador mit 42 Stimmen; Belgien mit 41 Stimmen; Rumänien mit 41 Stimmen; Holland mit 37 Stimmen und China mit 29 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde als neuntes nichtständiges Ratsmitglied mit 27 Stimmen die Tschechoslowakei gewählt.

Hierauf wurde darüber abgestimmt, welche von den neun nichtständigen Ratsmitgliedern dem Völkerbundrat drei Jahre angehören sollen.

Bei diesem Wahlgang erhielten Polen 44, Chile 41 und Rumänien 30 Stimmen von den abgegebenen 49 Stimmen und sind damit auf drei Jahre gewählt.

Im Anschluß daran wurden Kolumbien und Holland mit je 47 Stimmen und China mit 34 Stimmen von 49 Stimmen auf zwei Jahre gewählt.

Die einjährigen Mandate entfallen also auf Belgien, die Tschechoslowakei und San Salvador.

Die Delegation von Uruguay richtete ein Schreiben an die Versammlung, wonach sie ihre Kandidatur zurückgezogen hat als Zeichen des Protestes dagegen, daß die hier vertretenen lateinamerikanischen Staaten sich ohne Rücksicht auf die übrigen Länder Lateinamerikas bindend auf Kandidaten geeinigt hätten.

Polen allein wiederwählbar.

Nach Abschluß der Wahlen verlas der Präsident den schriftlichen Antrag Polens auf Verleihung der Wiederwählbarkeit gemäß des neuen Wahlreglements. Weitere Anträge auf Wiederwählbarkeit lagen nicht vor.

Die Wiederwählbarkeit Polens wurde mit 36 von 48 Stimmen ausgesprochen. Vier Delegationen gaben weiße Zettel ab, acht stimmten mit Nein.

Südafrika, das zweimal aufgerufen wurde, enthielt sich der Wahl. Das Ergebnis wurde von einem Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Ein Blick auf diese Wahlen genügt, um zu zeigen, daß Frankreich sich einen ausgesprochenen Einfluß im Rate gesichert hat. Zwei Siege sind an die kleine Entente gekommen, an die Freunde Frankreichs. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Belgien, Rumänien, Polen und der Tschechei ist vorauszusehen. Bedauerlich ist, daß Finnland nicht in den Völkerbund eintritt. Man braucht dies nicht nur vom deutschen Standpunkt aus zu bedauern; es hätte im Sinne des Völkerbundes selbst gelegen, einen baltischen Randstaat in seiner Mitte zu sehen; doch konnte Finnland in der Konkurrenz mit der Tschechoslowakei nicht bestehen. Der Eintritt Chiles wird in Deutschland sicherlich lebhaft begrüßt werden, da wir zu dem hilenischen Staat stets die besten Beziehungen unterhalten haben. Auch China dürfte man in Deutschland gern im Rate sehen.

Kämpfe zwischen Faschisten und Polizei.

In Triest kam es zu politischen Ausschreitungen größeren Stils. Eine Polizeibeamtete wollte das gewalttätige Eindringen von Faschisten in den Sitzungssaal einer liberalen Vereinigung verhindern, wobei es zu blutigen Kämpfen kam, in deren Verlauf man von der Schusswaffe ausgiebig Gebrauch machte. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden.

Nach zuverlässigen Meldungen sollen in diesen Kämpfen zehn Faschisten von den Karabinieri getötet worden sein. Man zählte sehr viele Verwundete. Der Nachrichtenverkehr ist zum Teil unterbunden.

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Mussolini hat die italienische Regierung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Todesstrafe in das italienische Strafrecht wieder einführen soll. Mit dem Tode bestraft werden nach der Vorlage außer Attentätern gegen den König, den Ministerpräsidenten und die staatlichen Einrichtungen, also an Revolten oder Eisenbahnattentaten Beteiligten, sowie Mörder. Ferner soll sich die Todesstrafe auch auf gewisse nichtpolitische, besonders schwere Verbrechen ausdehnen, wie Elternmord usw. Alle diese Prozesse kommen nicht mehr vor die Schwurgerichte, sondern vor besondere Tribunale mit Ausschluß von Geschworenen. Als Richter fungieren vier eigens dazu bestimmte Berufsrichter. Die Todesstrafe erfolgt durch Erschießung.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Internationalen Arbeitsamt.

Anlässlich der Aufstellung der Glasfenster-Spende des Deutschen Reiches für das neue Palais des Arbeitsamtes in Genf, fand am Mittwoch im Bureau des Arbeitsamtes ein Empfang der deutschen Delegation durch den Direktor Albert Thomas statt. In der Begleitung des Außenministers Dr. Stresemann erschienen die Staatssekretäre Bänder und Weismann, Ministerialdirektor Gaus, Generalkonsul Wismann, die Abgeordneten und Delegierten Prälat Kaas und Breitscheid. Direktor Thomas hielt die Begrüßungsansprache und dankte für das Geschenk der Reichsregierung.

Dr. Stresemann

erwiderte, indem er zunächst bedauerte, daß Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verhindert sei, der Sitzung beiwohnen. Dann betonte er, wohl in keinem anderen Lande sei eine so schnelle Entwicklung von dem sich selbst genügenden Agrarstaat zu einem Staat der Großstädte, dem Staat der Arbeiter und der Industrie so unvermittelt vor sich gegangen wie in Deutschland. Man könne sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es für die Welt ein Gewinn sei, wenn Europa und Amerika zu einem Volk der Großstädte würden. Der Minister erklärte dann weiter:

„Ich habe meine großen Bedenken gegen diese Entwicklung, denn ich sehe die Individualität des einzelnen Menschen unter der Massenfragestellung und der Massenpsychologie leiden. Ich sehe in dem Zusammenleben von Hunderttausenden und Millionen auf dem Boden einer einzelnen Stadt ebenso eine Zusammenwängung und Eindämmung der Entwicklung des individuellen Geistes wie ich in dem Uebergang von dem einsigen Handwerksbetrieb zu den mit Milliarden arbeitenden Konzernen der Gegenwart einen Untergang der persönlichen Arbeit, die unendlich viel zu der Kultur der Menschheit beigetragen hat, gesehen habe.“

„Ehe wir in diese Entwicklung eingetreten waren, die sich heute in dem zeigt, was wir die Amerikanisierung der Welt nennen, ist es unzweifelhaft in meinen Augen ein

Ehrentitel des Deutschen Reiches

gewesen, daß es in den Anfängen dieser Entwicklung den Gedanken sozialer Fürsorge im Staate als eine der Hauptaufgaben hingestellt hat. Wenn auf diesem Gebiete ein Wettbewerb der Nationen stattfände, um hier zu sehen, wer das Beste leistete, ich glaube, es gäbe keinen edleren Wettbewerb als diesen in der Zeit, in der wir leben; die Zusammenfassung dieses Wettbewerbs ist ja gegeben in den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes.“

Die Ausführungen Stresemanns wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, worauf man zur Besichtigung des Arbeitsamtes schritt.

Politische Rundschau.

— Reichsminister a. D. Dr. Luther hat in Beantwortung eines an ihn gerichteten Fragenspruches an Reichsminister Dr. Stresemann aus Arequipa (Peru) ein Telegramm gerichtet, mit dem er „Glückauf im Völkerbund“ wünscht.

— Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ist in Votringen eingetroffen. Der Minister, der sich als Tourist auf der Reise nach Spanien in Frankreich aufhält, besuchte die Schlachtfelder von Verdun und Metz und beabsichtigt auch, in den nächsten Tagen nach Paris zu reisen.

— Der Gemeinderat der Untersuchungsausschüsse des Preussischen Landtages vernahm als Zeugen den 25jährigen Kupfervererber Karl Schmidt, einen ehemaligen Un-

terführer der Organisation Consul, der gelegentlich einer Vernehmung am 9. Juli 1926 vor der Polizei bekundet hatte, daß er durch eine dritte Person Kenntnis davon erhielt, daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Jahnke zugegen war, als zwischen Mitgliedern der D. E. Beratungen über Attentatspläne auf Ebert, Stresemann und Severing gepflogt wurden.

— Ueber Hauszinssteuerhypotheken hat der preussische Innenminister eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: Gläubiger der Hauszinssteuerhypotheken sind die Gemeinden ohne Rücksicht darauf, ob diese aus dem gemeindlichen Hauszinssteueraufkommen oder aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds stammen.

Ausland.

— Wie aus Bahone gemeldet wird, ist das Auto des Königs von Spanien mit einem anderen Auto zusammengestoßen und beschädigt worden. Der König blieb unverletzt. Der bisherige britische Generalkonsul in Tanger, Clive, ist nach Teheran abgefahren. Clive ist als Nachfolger von Sir Percy Loraine zum Vizekonsul Großbritanniens in Persien ernannt worden.

— Am Mittwoch ist der englische Premierminister Baldwin gemeinsam mit dem Prinzen of Wales in London eingetroffen. Er wird sofort die Kabinettsitzung, die sich eingehend mit der Lage im Kohlenbergbau befaßt, präsidieren. Die Delegierten der Bergarbeitergewerkschaft sind in Erwartung etwaiger neuer Schritte, die ihre Anwesenheit notwendig machen könnten, in London geblieben.

Belgien und die europäische Stahl-Gemeinschaft.

— Die belgischen Stahlindustriellen haben in Brüssel eine neue und letzte Sitzung abgehalten, deren Gegenstand ihre eventuelle Verhinderung zur Bildung einer Stahlartikels war. Die Sitzung sollte vor der Zusammenkunft in Paris am 17. September eine Entscheidung bringen, die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge und schließlich wurde kein Beschluß über die Beteiligung Belgiens am Kartell gefaßt. Einige Industrielle erklärten jedoch nach der Sitzung Pressevertretern, daß sie auf jeden Fall am 17. September nach Paris fahren werden, wo sie eine endgültige Antwort geben sollen. „Nation Belge“ schreibt darüber, daß die belgische Beteiligung sicher scheint, daß aber die Vertreter der belgischen Stahlwerke den belgischen Standpunkt energisch verteidigen werden, da die jährliche Stahlproduktion Belgiens die Kontingentierung bei weitem übersteige, die das Kartell Belgien vorzuschreiben beabsichtigt.

Neuer Protest Frankreichs in Rom.

— Wie die Agentur Havas aus Rom meldet, hat der französische Geschäftsträger eine dritte Demarche beim Generalkonsul der Konfuzia unternommen, um gegen die bedauerlichen Zwischenfälle zu protestieren, die vor dem französischen Konsulat in Livorno und Triest in Zusammenhang mit dem auf Mussolini verübten Attentat stattfanden. Der italienische Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat, Pariser Blättern zufolge, durch Vermittlung des französischen Geschäftsträgers Nocher der französischen Regierung das Bedauern der italienischen Regierung für die Zwischenfälle vor den französischen Konsulaten in Livorno und Triest zum Ausdruck gebracht.

Die Wirren in China.

— Aus Schanghai wird berichtet: Der russische Botschafter Karagan ist von Peking kommend, hier eingetroffen und hat im Sompsekonulat, das stark bewacht ist, Wohnung genommen. Ein Koreaner versuchte einen Bombenanschlag auf das japanische Konsulat. Dieses ist der zweite Versuch in wenigen Wochen. Der Attentäter fuhr in einer Kutschka vor dem Konsulat vor. Er hatte eine Bombe in einem Lederfad bei sich. Beim Aussteigen stolperte er, warf jedoch trotzdem den Saß mit der Bombe. Durch die Explosion wurde der Kutschkenträger getötet. Der britische Kreuzer „Castor“ (3750 Tonnen) ist von Sheernee nach Sonakona abgefahren. Auch das Kriegsschiff „Carnarvon“ (3750 Tonnen) hat Befehl nach China in See zu gehen. Der Botschafter gegen englische Interessen in China ist infolge einer Aufforderung des Generals Yang Sen erneuert worden.

Aus der Heimat.

Gedenktafel für den 19. September.

1551 * Heinrich III., König von Frankreich, in Fontainebleau († 1589) — 1870 Paris wird von den Deutschen eingeschlossen — 1914 Lüderichsbuch von den Engländern besetzt — 1915 Eröffnung des deutsch-österreichischen Angriffs auf Serbien. Sonne: Aufgang 5,40, Untergang 6,7. Mond: Aufgang 5,30 N., Untergang 1,45 N.

— General der Kavallerie von Posea scheidet zum 1. Oktober aus dem Ptereesdienst aus. Er erhält bei